

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinsten Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Frachten. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Leihgebühren betragen 1/2 % oberhalb der Hauptmannschaft; 7 1/2 % im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Zeile 200 Pfg. — Einzelnummern 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 235

Freitag den 7. Oktober 1921

87. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Stochholzverkauf.

Im Stadtwalde sind noch 26 Parzellen Stochholz vorhanden, die durch Verlosung unter den Interessenten zum Verkauf gebracht werden sollen. An der Verlosung können nur solche Einwohner teilnehmen, die Holz wirklich dringend benötigen. Sie haben sich **sofort und spätestens bis Sonnabend, den 8. ds. Mts.** im Rathaus Zimmer Nr. 17 zu melden.

Dippoldiswalde, am 5. Oktober 1921.

Dorstadt.

Bekanntmachung.

Der nächste Versorgungssprechtag in Dippoldiswalde findet am 13. Oktober 1921 im Gasthof „zum Amtshof“ in der Zeit von mittags 1 Uhr bis nachmittags 4 1/2 Uhr statt. Pirna, den 4. Oktober 1921.

Versorgungssamt Pirna.

Wegen Brückenbau in Tal Raundorf wird der Verkehr nach Raundorf über die Mühlbrücke und Mühlhof verwiesen. Raundorf. Dor Gemeindevorstand.

Sächsischer Landtag

(Schluß der Sitzung vom 4. Oktober.)

Die Anträge der Deutschnationalen bezüglich der zu Gewalttaten auffordernden Äußerungen des Unterrichtsministers Fleischer werden von den Antragstellern zurückgezogen und bis auf den November vertagt. Nachdem die Verhandlungen bereits sieben Stunden gedauert haben, folgten dann eine Reihe von kommunistischen Agitationsanträgen, z. B. die Erlassung einer Amnestie, Wählbarkeit der Richter usw., die Kommunist Siewert in längerer Rede begründet. Abg. Kranz (Kom.) begründet die Amnestieanträge und verlangt ein Volkstribunal zur Aburteilung politischer Morde. Die Anträge der Kommunisten gingen an den Rechtsausschuß. Ein aus 12 Mitgliedern zusammengesetzter Untersuchungsausschuß soll sich gemäß dem Antrag Hoffmann mit den Umständen bei der Sipo beschäftigen. Der kommunistische Antrag auf Bewilligung von 250 000 M. zur Linderung der durch das Oppauer Unglück entstandenen Not wurde abgelehnt und nach dem Vorschlag der Regierung 100 000 M. bewilligt. Der Antrag auf Bewilligung von 250 000 M. für die Hungernden in Sowjet-Rußland findet den Widerspruch des Ministerpräsidenten Buch, der auf Sammlungen von Gemeinden und Privaten hinweist. Der Antrag ging an den Haushaltsausschuß. Die nächste Sitzung der Kammer findet Anfang November statt.

Vertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Nach Beendigung der Michaelisferien hat am heutigen Donnerstag der Unterricht des Winterhalbjahres begonnen. In Anwesenheit von Klasse B IV, eines Vertreters des Schulausschusses, sowie Vertretern der Lehrerschaft wurde Herr Lehrer Hesse als ständiger Lehrer an die durch Weggang des Herrn Lehrer Gelsler freigewordene Stelle durch den Schulleiter, Herrn Kantor Schmidt, eingewiesen. — Die Eltern der Kinder werden erneut dringend gebeten, die Kinder recht pünktlich, d. h. nicht zu spät, vor allem aber auch nicht zu früh, sondern kurz vor Beginn des Unterrichts zur Schule zu schicken.

Ein großer Demonstrationzug, der zwei große rote Fahnen in seiner Mitte trug, kam heute Donnerstag gegen 7 1/2 Uhr in unserer Stadt an, umzog den Marktplatz und begab sich dann nach der Amtshauptmannschaft. Hier sagte der Bezirksausschuß. Es wurde eine Rede gehalten und in ihr Protest gegen die hohen Kartoffelpreise eingelegt. Im Anschluß hieran verlangte man die Herren Oekonomierat Weide und Dr. Pinder, Vorsitzender und Geschäftsführer des Landbundes, zu sprechen.

Seltene Himmelserscheinungen werden wir im Oktober und November zu bewundern haben. Die beiden großen Planeten Jupiter und Saturn sind das ganze Jahr hindurch einander im Sternbild der Jungfrau ziemlich nahe. Ende Oktober kommen noch Venus und Mars dazu. Mars, Saturn, Jupiter und Venus werden fast in gleicher Linie stehen, in etwa gleichen Abständen, und nicht weit davon der hellste Stern in der Jungfrau, die Spika. Das verkaufte Sternbild der Jungfrau wird dadurch unkenntlich. Jene Region des Himmels tritt Morgens in Erscheinung, am schönsten um den 1. November.

Nachdem der Zwang zur Melde- und Bezugscheinpflicht für einen großen Teil der Brennstoffe mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 beseitigt worden ist, hebt das sächsische Arbeitsministerium seine Bekanntmachungen über das Heizverbot für Theater usw. auf.

— Die Offizierlaufbahn im neuen Reichs-Deer. Durch die Erfahrungen des Weltkrieges haben sich die Anforderungen an das Fachwissen des Offiziers erheblich gesteigert. Dem wird jetzt durch eine sehr gründliche Vorbildung Rechnung getragen. Der Offizieranwärter ist in dieser Periode seiner Ausbildung so gestellt, daß er einer besonderen Beihilfe aus eigener Tasche nicht mehr bedarf. Neben den geldlichen Bedürfnissen stehen ihm Dienstbekleidung, Unterkunft und Verpflegung in Naturalbeizügen unentgeltlich zu. — Um sich der Offizierlaufbahn widmen zu können, ist entweder der Nachweis des Abiturientenzeugnisses oder das Bestehen zweier allgemeinwissenschaftlicher Prüfungen die unerläßliche Vorbedingung. Der Diensttritt kann nur am 1. April bei einem selbstgewählten Truppenteil erfolgen. Die Ausbildung zum Offizier nimmt bei den mit einem Abiturientenzeugnis versehenen Freiwilligen mindestens 4 Jahre in Anspruch. Die Beförderung zum Offizier erfolgt dann nach Maßgabe freierwerdender Stellen innerhalb des Heeres in der Reihenfolge der Offizierprüfungszeugnisse. Wer kein Abiturientenzeugnis besitzt, hat einen um rund 2 Jahre längeren Kursus durchzumachen, da er sich erst die allgemeinwissenschaftliche Bildung anzuweihen hat, bevor er der Offizieranwärterprüfung sich unterziehen kann. Vor der Beförderung zum Offizier ist eine erneute Verpflichtung auf 25 Jahre einzugehen. Befreiungen hiervon können nur ganz ausnahmsweise gewährt werden.

Von amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß der Kartoffelkrebss in Sachsen ziemlich stark auftritt. Besondere Seuchenherde sind die Gegenden um Dresden, in der sächsischen Schweiz und in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg Stäbengrün, Ober- und Niederschlema. Es wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung in einer Verordnung vom 4. April 1918 die Meldepflicht eingeführt hat. Krebsverdächtige Erscheinungen an ausgepflanzten, geernteten oder aufgeschichteten Kartoffeln sind demnach sofort der Ortsbehörde anzuzeigen. Auf den Feldern, auf denen kranke Kartoffeln festgestellt worden sind, dürfen nur die von der Hauptstelle für Pflanzenschutz an der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Dresden genehmigten krebsimmunen Sorten angebaut werden.

Glasbütte. Der letzten Gemeinderatsitzung lag der Antrag des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften auf Errichtung einer sächsischen Fleischerei vor und zwar der hohen Fleischpreise wegen. Nach Aussprache setzte man einen sieben-gliedrigen Ausschuß ein zur Weiterberatung der Sache.

Dresden. Ueber das Vermögen des System-Konzerns wurde der Konkurs eröffnet.

Heidenau. Der Gaspreis wurde auf 1,55 M. festgesetzt. **Freiberg.** Die Freiwillige Turnerfeuerwehr bezieht Sonntag den 16. Oktober die Feier des 60-jährigen Bestehens. Nachmittags findet Prüfung auf dem Turnplatz statt mit anschließendem Sturmangriff nach dem Obermarkt. Abends Festschmaus im Tiroll.

Freiberg. Um das Fortbestehen der Freiburger Handels- und Gewerbeschule zu ermöglichen, ist die städtische Beihilfe für die Anstalt von 15 000 auf 30 000 M. erhöht worden. Die Stadtverordneten haben die Ratsvorlage nach längerer Debatte angenommen.

Oberfrohna. Eine Erhöhung der Mieten um mindestens 60% der Friedensmiete beschloß der hiesige Hausbesitzerverein.

Schwarzenberg. Der Bezirksverband der freiwilligen Feuerwehren der hiesigen Amtshauptmannschaft, welcher 44 Wehren mit 2415 Mitgliedern zählt, hielt in Oberschlema den 33. Bezirksstag ab. Dabei wurde auch die älteste Feuerspritze der Amtshauptmannschaft, der im Jahre 1700 vom staatlichen Manufakturenwerk daselbst erbaute „Stöber“, der mit gewaltiger Kraft einen starken Wasserstrahl schleudert, im Betriebe vorgeführt. Bemerkenswert war die Mitteilung des Vorsitzenden, daß das Ehrenzeichen für 40-jährige Dienstzeit nicht mehr verliehen, dafür eine Rente gewährt wird, worauf 240 Feuerwehrleute im Bezirke Anspruch haben.

Aue. Die Bauarbeiter sind Montag früh wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Sie verlangen denselben Stundenlohn, wie er in Höhe von 9,50 M. von einer seit einiger Zeit hier beschäftigten Leipziger Firma gezahlt wird.

Wickau. Unsere Stadt hat die Preise für Bäder im Johannisbad abermals erhöht. Trotzdem wird das Johannisbad in diesem Jahre wieder mit über 200 000 M. Fehlbetrag rechnen müssen.

Glauchau. Stadtrat Kraß hier ist von den städtischen Kollegien in Penig zum Bürgermeister gewählt worden.

Reßbach. Der Stadtrat zu Reßbach hat auf Christgrüner Flur 5 Hektar mit noch im Felde befindlichen Kartoffeln gekauft und diese große Fläche beauftragt zu einem mäßigen Preise abzugeben. Auf diese Weise sind etwa 1000 Zentner Kartoffeln verteilt worden.

Plauen i. V. Bei den Elternratswahlen fielen auf die Liste der Wählervereinigung christlicher Eltern 111, auf die Liste der vereinigten sozialdemokratischen Parteien 56 und auf die Liste der Kommunisten 9 Sitze.

Werbau. Das Verwaltungsgebäude des hiesigen Güterbahnhofes ist um ein Stockwerk, das dritte, erhöht und ausgebaut worden.

Obbein. In Kleinbauchitz bei Obbein fand am Sonntag die Urabstimmung über die Frage der Eingemeindung statt. Es wurden 335 Stimmen für und 236 gegen die Eingemeindung abgegeben. Ein großer Teil der Einwohnerschaft, wie man hört 378, haben sich der Abstimmung enthalten.

Hainichen. Rat und Stadtverordnete beschloßen die einmalige Erhebung einer Gewerbesteuer, von der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ausgeschlossen sein sollen.

Regis-Breitingen. Ein hiesiger Postbote rettete im benachbarten Throna vor einem in rasendem Tempo durchfahrenden Auto zwei kleine spielende Kinder vor dem Ueberfahrenwerden, und zwar unter eigener Lebensgefahr. Obwohl der Postbeamte selbst in den Straßengraben geschleudert wurde, blieben die Kinder unversehrt. Die Insassen des Autos, anscheinend Ausländer, belohnten den Lebensretter mit einem 1000-Marktscheln.

Borna bei Leipzig. Gelegentlich der Ballmusik kam es am Sonntagabend in einem hiesigen Tanzsaal zu Streitigkeiten, wobei ein hier beschäftigter Zimmergeselle aus Bapern mit einem Taschenmesser derartig in die Brust gestochen wurde, daß er auf ärztliche Anordnung sofort im Stadtkrankenhaus untergebracht werden mußte.

Kamenz. Wegen Herabsetzung der Fleischpreise fand auf Ansuchen der Gewerkschaftskartelle der Amtshauptmannschaft Kamenz eine Besprechung mit den Fleischern und Händlervertretungen statt, die ergebnislos verlief. Es wurde beschlossen, daß die Ortsausschüsse mit der am Orte befindlichen Fleischerninnung in einer gemeinsamen Sitzung nochmals die Frage eingehend erörtern.

Baun. Der Bezirksstag nahm folgende Entschlieung an: Er verurteilt das Verhalten der Produzenten, die die Lebensmittelpreise über das nötige Maß hinaus steigern. Er mißbilligt die gegenwärtige Höhe der Kartoffelpreise und bedauert, daß er nicht in der Lage ist, von sich aus Preise festzusetzen. Er ersucht erstens: die Landwirte, dafür zu sorgen, daß die in Dresden festgesetzten Richtpreise für den Bauner Bezirk niedriger gehalten, werden als gegenwärtig und daß über diese hinaus nicht verkauft wird; zweitens: die Regierung, allgemein die Preisbildung erträglich zu gestalten; drittens: die Amtshauptmannschaft, den Gemeinden Wege zum Bezuge von Kartoffeln zu zeigen.

Löbau. Rückwirkend vom 1. April 1921 wurde die Grundsteuer in Löbau, die bisher 32 Pf. für die Einheit betrug, um das Fünffache auf 1,70 M. erhöht. Die Hausbesitzer haben daraufhin den Antrag gestellt, die Steuer auch rückwirkend auf die Mieten umzulegen, da sie die höhere Belastung aus eigenen Mitteln nicht tragen können.

Die Koalitionsverhandlungen.

Zwei Bedingungen des Zentrums und der Demokraten.

Die Bildung der großen Regierungskoalition der Mitte im Reich ist nach wie vor Gegenstand der Verhandlungen innerhalb der Fraktionen. Wie verlautet, haben Demokraten und Zentrum die bekannte Frage der Unabhängigen, ob sie bereit seien, auf der Grundlage des bekannten Mindestprogramms einer Koalition mit den Unabhängigen zuzustimmen, nicht prinzipiell ablehnend beantwortet. Sie haben aber ihre Zustimmung zu einem etwaigen Eintritt der Unabhängigen in die Regierung von folgenden drei Bedingungen abhängig gemacht.

Erstens sollen die Unabhängigen, deren offizielles Programm bekanntlich die Diktatur des Proletariats fordert, sich unambiguitätig auf den Boden der Weimarer Verfassung stellen, zweitens muß zuvor eine Einigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm erzielt werden, und drittens soll die Deutsche Volkspartei in eine eventuelle Koalition mit den Unabhängigen einbezogen werden. Es ist kaum anzunehmen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie auf die Forderung eines Zusammengehens mit den Volksparteilern eingehen wird, ganz

10.
1,05
7,20
7,25
1,10
3,20
3,25
7,32
9,90
6,62
7,70
9,90
5,55
7,63
9,90

U.

eb.